

**Land Hessen
Berufsschule**

**Lehrplan
Steuerfachangestellte/Steuerfachangestellter**

Lehrplangruppe:

F. Gröppel-Wegener, R. Hinze, L. Pienkny, G. Rummel-Roggia,
I. Wieczorek-Happ

Gliederung des Lehrplanes

A Vorbemerkungen

B Lernfelder

C Anhang

A Vorbemerkungen

1. Präzisierung des Bildungsauftrags
 - 1.1 Orientierung an den Schülerinnen und Schülern
 - 1.2 Auswirkungen des wirtschaftlichen Wandels auf die Ausbildung
 - 1.3 Berufsbild und Ausbildungsqualifikationen
 - 1.4 Bildungspolitische Aufgaben und pädagogische Verantwortung
2. Struktur des Lehrplans
 - 2.1 Aufbau des Lehrplans
 - 2.2 Übersicht über die Lernfelder und ihre Aufteilung auf Schuljahre mit Zeitrichtwerten
 - 2.3 Darstellung der Lernfelder (vgl. Abschnitt B)
 - 2.3.1 Ziele und Einordnung
 - 2.3.2 Inhalte
 - 2.3.3 Vorschläge/Anregungen
3. Organisatorische Umsetzung
 - 3.1 Gemeinsame Unterrichtsplanung
 - 3.2 Einführungskurse

A Vorbemerkungen

1. Präzisierung des Bildungsauftrags

1.1 Orientierung an den Schülerinnen und Schülern

Die Situation der Schülerinnen und Schüler in ihren betrieblichen, schulischen, privaten und gesellschaftlichen Bezügen bildet den Ausgangspunkt des vorliegenden Lehrplans. In seiner inhaltlichen Gestaltung wird auf den Erfahrungsbereich der Schülerinnen und Schüler abgestellt.

Der Lehrplan ist auf drei Jahre ausgelegt. Die Anforderungen der Ausbildung orientieren sich am Niveau des Hauptschulabschlusses. Die tatsächlichen Bildungsvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler basieren in der Regel auf dem Mittleren Bildungsabschluss sowie dem Abitur.

1.2 Auswirkungen des wirtschaftlichen Wandels auf die Ausbildung

Die berufsspezifischen Anforderungen und Qualifikationen im Steuerbüro ändern sich ständig. Es ist nach derzeitigem Stand nicht davon auszugehen, dass sie geringer werden. Die im Unterricht vermittelten Lerninhalte müssen ständig aktualisiert und weiterentwickelt werden, deshalb werden die Lerninhalte in diesem Lehrplan auf mittlerem Abstraktionsniveau formuliert.

Die Berufsschulen haben innerhalb der Ausbildung folgende Schwerpunkte:

- Vermittlung der Systematik der jeweiligen Gesetze,
- Exemplarische Behandlung von Themen und Begrenzung auf die berufliche Erstausbildung,
- Ermöglichung der selbstständigen Interpretation von Gesetzestexten durch die Schülerinnen und Schüler als Voraussetzung für Übertragungsleistungen,
- Erschließung gesellschaftsbezogener Hintergründe der steuerrechtlichen Veränderungen,
- Kompetenzerwerb für lebenslanges Lernen.

Die Arbeiten im Steuerbüro werden heute überwiegend computergestützt, unter Ausschöpfung der Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechniken, durchgeführt. Dienstleistungsanbieter in den Bereichen Rechnungswesen, betriebswirtschaftliche Auswertungen und steuerrechtliche Beratungen spielen eine große Rolle in der Berufspraxis.

Die Berufsschule muss auf diese Veränderungen reagieren und in Absprache mit den Ausbildungsbetrieben klären:

- (1) Welche computergestützten Arbeitsprozesse der Praxis müssen in der Schule abgebildet bzw. sollen in der betrieblichen Praxis vermittelt werden?
- (2) Welche Erkenntniszusammenhänge durch den DV-Einsatz in der Praxis verloren gehen und in der Schule vermittelt werden müssen?

Datenverarbeitung ist im Kontext der verschiedenen Lebenszusammenhänge der Schülerinnen und Schüler (siehe 1.1) zu lehren. Inhalte der Datenverarbeitung sind in die Lernfelder bzw. Projektvorschläge zu integrieren. Computergestütztes Lernen soll vorwiegend dazu dienen, Inhaltszusammenhänge herzustellen.

1.3 Berufsbild und Ausbildungsqualifikationen

Die Ausbildung zur Steuerfachangestellten oder zum Steuerfachangestellten ist die Fortführung der bisherigen Ausbildung zur Fachgehilfin oder zum Fachgehilfen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen. Die Änderung der Berufsbezeichnung stellt auf die tatsächliche Funktionalität bei der Berufsausübung ab.

Die Tätigkeiten einer Steuerfachangestellten oder eines Steuerfachangestellten erstrecken sich von der Erfassung der Buchungsbelege über die Erstellung von Jahresabschlüssen bis hin zur Bilanzinterpretation. Dafür sind gute Kenntnisse im Rechnungswesen und Grundkenntnisse in betriebswirtschaftlichen Bereichen nötig. Für die Ermittlung der jeweiligen Besteuerungsgrundlagen sind Kenntnisse in Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Bewertungsrecht und Abgabenordnung erforderlich.

Die Berufsschule vermittelt dazu Grundlagen, Systematiken und theoretische Zusammenhänge in dem jeweiligen Steuerbereich, die auch immer in den aktuellen Kontext gestellt werden müssen.

Die Berufstätigkeit erfordert wegen der direkten Mandantenberatung neben hoher Fachkompetenz ein gutes Auffassungsvermögen und gedankliche Flexibilität, Verantwortungsbewusstsein, Genauigkeit, Sprach- und Beratungskompetenz.

Neben den notwendigen beruflichen Anforderungen soll die soziale Verantwortung und moralische Urteilsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler weiterentwickelt werden, damit sie den kollegialen, gesellschaftlichen und umweltpolitischen Anforderungen gerecht werden können.

1.4 Bildungspolitische Aufgaben und pädagogische Verantwortung

Entsprechend den Intentionen des Hessischen Schulgesetzes hat die berufliche Bildung u.a. folgende Aufgaben:

- Sie unterstützt die Persönlichkeitsentwicklung der Lernenden.
- Sie fördert die berufliche Qualifizierung der Lernenden.
- Sie entwickelt die soziale Verantwortung der jungen Generation.

Das Hessische Schulgesetz erweitert den bisherigen Auftrag der Schule um multikulturelle und ökologische Aspekte. Die Schule soll Gleichberechtigung von Frau und Mann herausstellen. Die berufliche Bildung muss darüber hinaus auch zur verantwortlichen Mitgestaltung der Arbeitswelt und der Gesellschaft beitragen. Hierzu ist wirtschaftliche, technische, soziale und ökologische Verantwortung gefordert. Diese Intentionen, verknüpft mit den in 1.3 genannten erforderlichen Kompetenzen unter Einbeziehung berufsübergreifender und arbeitsethischer Dimensionen, bilden den Rahmen des Berufsschulunterrichts.

Die hohen fachlichen Anforderungen und das notwendige Können erfordern Handlungssituationen, in denen die Schülerinnen und Schüler selbst an Problemlösungen mitwirken oder konsensfähige Problemlösungen anderer anregen,

begleiten und darstellen können. Problemlösungsverhalten setzt Kooperationsbereitschaft, Kreativität, Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit voraus. Selbstständigkeit ist grundsätzlich an die Freiwilligkeit, Motivation und Eigentätigkeit der Schülerinnen und Schüler gebunden. Hierzu soll handlungsorientierter Unterricht einen Beitrag leisten. Handlungsorientierung meint die Verbindung von fachlichem, lernfeld- bzw. fächerübergreifendem, lernaktivierendem und ganzheitlichem Unterricht.

Lerninhalte, die nur einem Lernfeld zugeordnet werden können, werden in größere Zusammenhänge eingebettet und sollen Zuordnungen zu bereits vorhandenen Denk- und Wissensstrukturen sowie Erfahrungen ermöglichen. Die Freiheit und die pädagogische Verpflichtung der Lehrkräfte besteht darin, Problemstellungen aufzugreifen bzw. selbst einzubringen und exemplarisch zu vertiefen. Hilfestellungen geben die angeführten Projektvorschläge, die von den Fachkonferenzen ergänzt und fortgeschrieben werden sollen. Die Fachkonferenz kann einen verbindlichen lernfeldübergreifenden oder projektorientierten Unterricht und die Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer im Team beschließen. Jedes Unterrichtsvorhaben wird von den Lehrkräften in freier pädagogischer Verantwortung ausgewählt und dem Stand des Lernprozesses der Lerngruppe angepasst.

2 Struktur des Lehrplans

2.1 Aufbau des Lehrplans

Der Ausbildungsberuf der Steuerfachangestellten oder des Steuerfachangestellten ist nicht mehr dem Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung (06) zugeordnet. Daraus folgt, dass in der Grundstufe bereits auf Besonderheiten dieser Berufsausbildung abgestellt wird und Inhalte der speziellen Wirtschaftslehre angeboten werden.

Die Lernfelder sollen im Laufe der Ausbildungszeit von 3 Jahren nacheinander behandelt werden. Abweichungen in der Reihenfolge und der inhaltlichen Koordinierung können von der Fachkonferenz beschlossen werden (s. auch 3.).

Die Lernfelder orientieren sich am Ausbildungsprozess zur Fachangestellten oder zum Fachangestellten. Dies erfordert neben einer fachlichen Systematik auch die Einbeziehung komplexer steuerlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fragestellungen. "Dabei sollen fachgebietsübergreifende Sachzusammenhänge deutlich, sowie zunehmend differenzierte, umfangreiche und offene Unterrichtsvorhaben ermöglicht werden, bei denen die aktive Arbeit der Lernenden im Mittelpunkt steht."¹

¹ nach U. Rüter: Die Struktur hessischer Rahmenpläne für berufliche Schulen; Entwurf/Stand 97-11-10

2.2 Übersicht über die Lernfelder und ihre Aufteilung auf Schuljahre mit Zeitrichtwerten

In der ersten Phase der Ausbildung müssen den Schülerinnen und Schülern Hilfen für den Übergang in das Berufsleben gegeben werden. Dies ist eine Phase der Orientierung an den neuen Anforderungen, die an sie gestellt werden. Darüber hinaus muss innerhalb der Lerngruppe eine gemeinsame Lernkultur entwickelt, unterschiedliche Lernvoraussetzungen angeglichen werden und die Methodenkompetenz für die zunehmend eigenständigere Bearbeitung von Aufgaben und Themen weiterentwickelt werden.

Grundlagen der doppelten Buchführung spielen zu diesem Zeitpunkt eine besondere Rolle. Kerngebiete aus dem Steuerrecht, Einkommensteuer und Umsatzsteuer, verbunden mit den entsprechenden Regelungen des Rechnungswesens und Teilen der Wirtschaftslehre bilden in den folgenden Fachstufen die inhaltlichen Schwerpunkte der Lernfelder.

Die Nummern der Lernfelder entsprechen der im Teil B aufgeführten Reihenfolge.

Lernfelder		Zeitrichtwerte in Stunden			
		Summe	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr
1.	Rechtliches Denken und Handeln	80	80		
2.	Mandantenbuchführungen	140	80	60	
3.	Einkommensteuererklärungen und Grundlagen der Körperschaftsteuer	180	60	80	40
4.	Rechtsformentscheidungen	100	40	60	
5.	Umsatzsteuervoranmeldungen und -erklärungen	80	40	40	
6.	Gewerbesteuererklärungen	20			20
7.	Jahresabschlüsse nach Handels- und Steuerrecht	100		40	60
8.	Auswirkungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik	50	10		40
9.	Hilfe und Beratung in Steuersachen	50	10		40
10.	Lernfeldübergreifende Fallstudien	80			80

2.3 Darstellung der Lernfelder (vgl. Abschnitt B)

Die Darstellung des jeweiligen Lernfeldes gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. Ziele und Einordnung
2. Inhalte
3. Vorschläge/Anregungen

2.3.1 Ziele und Einordnung

Die Zielangaben für jedes Lernfeld enthalten inhaltliche Schwerpunktsetzungen. Es kommt zum Ausdruck an welchen Erfahrungszusammenhängen der Schülerinnen und Schüler angeknüpft wird.

2.3.2 Inhalte

Jedes Lernfeld enthält eine Übersicht über die Inhalte. Sie werden in tabellarischer Form dargestellt.

2.3.3 Vorschläge/Anregungen

Den Lernfeldern werden Vorschläge und Anregungen für die Durchführung von lernfeldübergreifenden Unterrichtsvorhaben und Projekten zugeordnet, die im Anhang als Projektvorschläge (P) näher erläutert werden. Diese Beispiele sollen Ideen liefern, wie mit den Lerngruppen handlungsorientierter Unterricht geplant werden kann. Die jeweilige Schwerpunktsetzung ist von vielfältigen Faktoren abhängig, wie z.B.:

- Möglichkeiten der Kooperation von Lehrerinnen und Lehrern,
- Organisationsmöglichkeiten an der Schule,
- Fachdidaktische Begründungen unter Bezugnahme auf die jeweilige Lerngruppe,
- Absprachen mit den Ausbildungsbetrieben,
- Entscheidungen der Konferenzen.

Die Unterrichtsvorhaben/Projektvorschläge müssen nicht immer Inhalte aus allen Lernfeldern enthalten, sie können auch die allgemein bildenden Fächer einbeziehen. Die Schülerinnen und Schüler sollen schrittweise Aufgaben und Problemstellungen bis hin zu Projekten mit größeren Handlungsspielräumen bearbeiten und lösen. An dieser Stelle werden auch Vorschläge für die Einbindung der DV in die Lernfelder gegeben.

3. Organisatorische Umsetzung

3.1 Gemeinsame Unterrichtsplanung

Die gemeinsame Unterrichtsplanung bezieht sich sowohl auf die Zusammenarbeit zwischen Lehrenden und Lernenden als auch auf die Kooperation und Koordination der in einer Klasse unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer. Um die Umsetzung des Lehrplans und die Kontinuität des Lernprozesses zu sichern sowie die lernfeld- und fachübergreifende Koordination zu gewährleisten, sollen während der gesamten Ausbildungszeit feste Lehrerteams in den Lerngruppen eingesetzt werden. Die Schulleitungen sollen dazu die organisatorischen Voraussetzungen schaffen. Zusätzlich ist es die Aufgabe der Fachkonferenzen, Hilfestellungen für die Planung von Unterrichtsvorhaben und deren organisatorische Umsetzung zu geben. Wie schon oben erwähnt (vgl. 2.3.3) ist es eine Hauptaufgabe der Fachkonferenzen zu entscheiden, wie der Unterricht unter Einbeziehung welcher Lernfelder geplant und durchgeführt wird.

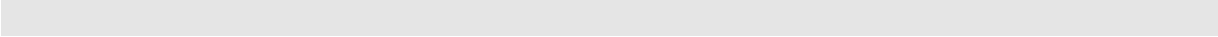
Auf regelmäßigen Fortbildungen müssen, gemeinsam mit den Lehrkräften anderer Schulen, diese Ansätze fortentwickelt und ständig aktualisiert werden.

Die Integration der Datenverarbeitung in die Lernfelder bedeutet besonderen Fortbildungsbedarf für die Lehrkräfte und Abstimmungsbedarf in den Fachkonferenzen, speziell bei der Zusammenstellung von Teams. Hilfen können auch hier die Planung von doppeltbesetztem Unterricht sein. Voraussetzung ist allerdings, dass Schulen mit entsprechender Hard- und Software ausgestattet sind.

3.2 Einführungskurse

Im Rahmen der Behandlung der verschiedenen Lernfelder können Einführungskurse angeboten werden. Diese sind dann notwendig, wenn große Unterschiede in den Lernvoraussetzungen ausgeglichen werden müssen.

B. Lernfelder

1. Rechtliches Denken und Handeln
 2. Mandantenbuchführungen
 3. Einkommensteuererklärungen und Grundlagen der Körperschaftsteuer
 4. Rechtsformentscheidungen
 5. Umsatzsteuervoranmeldungen und -erklärungen
 6. Gewerbesteuererklärungen
 7. Jahresabschlüsse nach Handels- und Steuerrecht
 8. Auswirkungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
 9. Hilfe und Beratung in Steuersachen
 10. Lernfeldübergreifende Fallstudien
- 

1. Lernfeld Rechtliches Denken und Handeln

1. Ausbildungsjahr - 80 Stunden

Ziele und Einordnung:

Die Schülerinnen und Schüler besitzen Erfahrungen mit Bewerbungen und Einstellungsgesprächen. Sie erläutern Rechte und Pflichten aus dem Ausbildungsverhältnis, erläutern und wenden arbeitsrechtliche Bestimmungen zur Gestaltung des Arbeitsverhältnisses an. Dazu gehört auch, dass sie Institutionen zur Wahrung ausbildungs- und arbeitsrechtlicher Ansprüche kennen und zu Informations- und Beratungszwecken nutzen. Ziele, Aufgaben und aktuelle Probleme der sozialen Sicherung werden erörtert und die wesentlichen Bestimmungen des Datenschutzes beurteilt.

Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden das Recht nach verschiedenen Merkmalen, zeigen die Möglichkeiten und Grenzen der rechtlichen Handlungsfähigkeit auf und unterscheiden Rechtsgeschäfte des Wirtschaftslebens. Dieses Lernfeld umfasst deshalb auch Abschluss, Erfüllung und Störungen bei der Erfüllung von Verträgen am Beispiel des Kaufvertrages. Daneben werden andere wichtige Verträge unterschieden.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
<p>Rechtliche Grundlagen der Berufsausbildung</p> <p>Duales Ausbildungssystem Berufsbildungsgesetz Ausbildungsvertrag Jugendarbeitsschutzgesetz</p> <p>Institutionen zur Wahrung ausbildungs- und arbeitsrechtlicher Ansprüche</p> <p>Betriebsrat Jugend- und Auszubildendenvertretung Zuständige Stelle nach BBiG Gewerkschaften Arbeitsgericht</p> <p>Datenschutz</p> <p>Verarbeitung personenbezogener Daten Datenschutzbeauftragte</p> <p>Individualverträge, Kollektivverträge und wichtige Arbeitnehmerschutzgesetze</p> <p>Arbeitsvertrag, Dienstvertrag Arbeitszeitregelungen Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung Gesetze zum - Mutterschutz - Kündigungsschutz</p>	<p>Die Datenschutzproblematik kann am Beispiel der Sozialdaten und der Personaldatenverwaltung, auch mit Hilfe der DV erörtert werden.</p>

<p>- Bildungsurlaub</p> <p>Aufgaben und Probleme der sozialen Sicherung</p> <p>Einteilung des Rechts und Rechtsquellen Öffentliches und privates Recht</p> <p>Rechts- und Geschäftsfähigkeit natürlicher und juristischer Personen</p> <p>Grundzüge des Sachenrechts</p> <p>Wichtige Verträge des Wirtschafts- und Privatlebens Vertragsrecht am Beispiel des Kaufvertrages - Vertragsfreiheit - Verpflichtungsgeschäft und Erfüllungsgeschäft - Grenzen vertraglicher Gestaltung: AGB's - Mängelrüge - Grundzüge des Lieferungs- und Zahlungsverzugs Dienstvertrag Werk- und Werklieferungsvertrag</p> <p>Verjährung im BGB Beginn und Ende verschiedener Fristen Unterbrechung (Mahnverfahren) Hemmung</p>	<p>Zweige der Sozialversicherung im Überblick Sozialversicherung im aktuellen Bezug</p> <p>Beschränkung auf Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen</p> <p>Im Zusammenhang mit den Lerninhalten zur Verjährung kann das gerichtliche Mahnverfahren beschrieben werden.</p> <p><u>Projektvorschläge:</u> <i>Einstieg in das Berufsleben (P 1), Arbeitnehmer im Steuerbüro - Auszubildende und Fachangestellte (P 2)</i></p>
--	---

2. Lernfeld Mandantenbuchführungen

1. Ausbildungsjahr – 80 Stunden

2. Ausbildungsjahr – 60 Stunden

Ziele und Einordnung:

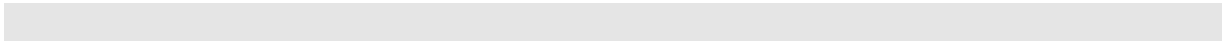
Für die buchhalterische Erfassung der Geschäftsvorfälle in der Finanzbuchhaltung (Aktivierung, Passivierung, Erträge, Aufwendungen) beachten die Schülerinnen und Schüler die handels- und steuerrechtlichen Vorschriften und erkennen die Auswirkungen auf den Erfolg.

Neben der Buchführung lernen sie weitere Aufgabenbereiche des Rechnungswesens sowie wesentliche Pflichten im Zusammenhang mit der Buchführung kennen.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
Handels- und steuerrechtliche Vorschriften Inventur Inventar Bilanzgliederung Bilanzveränderungen	Der Einsatz des PCs bietet sich speziell in der buchmäßigen Erfassung und Verarbeitung der Daten an.
Durchführung eines einfachen Geschäftsganges Von der Eröffnungsbilanz über Geschäftsvorfälle und Buchen auf Bestandskonten zur Schlussbilanz	Die Lerninhalte bis zur einfachen Hauptabschluss-Übersicht können in einem systematischen Grundkurs "Einführung in die Doppelte Buchführung" erarbeitet werden.
Buchungen wichtiger Geschäftsvorfälle Erfolgswirksame Geschäftsvorfälle bis zur GuV Warenkonten und Möglichkeiten der Kontenabschlüsse Umsatzsteuerkonten Privatkonten Abschreibung des Anlagevermögens Einfache Hauptabschlussübersicht	Die Aufgabenbereiche <ul style="list-style-type: none"> • Kosten- und Leistungsrechnung • Statistik • Planung • im Überblick darstellen
Aufgaben des betrieblichen Rechnungswesens	
Handels- und steuerrechtliche Buchführungsvorschriften	
Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung	z.B. nach AO, UStG, EStG, EStDV

<p>Aufzeichnungspflichten</p> <p>Aufbewahrungspflichten nach HGB und AO</p> <p>Berechnungen und Buchungen bei Beschaffung und Absatz von Waren</p> <p>Berechnungen und Buchungen der Personalkosten Lohn- und Gehaltsbuchungen unter Berücksichtigung der Abzüge Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung Vermögenswirksame Leistungen Vorschüsse Die gesellschaftspolitische Bedeutung der Lohnnebenkosten</p> <p>Prozentrechnung und kaufmännische Zinsrechnung</p> <p>Buchungen der Zahlungsvorgänge</p> <p>Buchungen von Darlehen bei Aufnahme und Rückzahlung</p> <p>Buchungen einfacher Leasingvorgänge (Miete)</p> <p>Erläuterungen, Berechnungen und Buchungen im Wechselverkehr Besitz- und Schuldwechsel Wechselsumme Diskont Barwert</p> <p>Buchungen beim An- und Verkauf von Aktien und festverzinslichen Wertpapieren</p> <p>Buchungen bei Anschaffung, Inzahlunggabe und Veräußerung von Sachanlagen</p> <p>Buchungen von Steuern und steuerlichen Nebenleistungen</p> <p>Sonderfälle Innere Gemeinschaftliche/r Lieferung - Erwerb Ausfuhr - Einfuhr</p>	<p>In diesem Zusammenhang bietet sich die Berechnung von Kalkulationszuschlag und Handelsspanne an (Anwendung der Prozentrechnung)</p> <p>Als Einstieg könnte die Überprüfung der eigenen Lohn- und Gehaltsabrechnung (Ausbildungsvergütung) mit Hilfe von Standardsoftware dienen.</p> <p>An dieser Stelle empfiehlt sich die Einbeziehung von aktuellem politischem Tagesgeschehen.</p> <p>Ein systematischer Grundkurs ist möglich.</p> <p>Im Rahmen der EU sind Änderungen in der Bedeutung des Wechselverkehrs zu berücksichtigen.</p> <p>Die Buchung der Stückzinsen sollte anhand vorgegebener Abrechnungen erfolgen.</p>
---	--

<p>Eigenverbrauch Abzugsfähige - nicht abzugsfähige Betriebsausgaben - Bewirtungsaufwendungen - Geschenke Nicht abzugsfähige Vorsteuer</p> <p>Arten der Gewinnermittlung</p>	<p>Unterschiede zwischen den Gewinnermittlungsarten erarbeiten. Fälle zur Überschussrechnung lösen.</p> <p><i>Projektvorschläge:</i> <i>Einstieg in das Berufsleben (P 1)</i> <i>Von der Lohn- und Gehaltsabrechnung bis zum Steuerbescheid (P 3)</i></p>
---	--




3. Lernfeld Einkommensteuererklärungen und Grundlagen der Körperschaftsteuer

1. Ausbildungsjahr – 60 Stunden 2. Ausbildungsjahr – 80 Stunden 3. Ausbildungsjahr – 40 Stunden	
Ziele und Einordnung:	
<p>Zentraler Ausbildungsinhalt im steuerlichen Bereich ist die Einkommensteuer. Von Beginn an sind die Schülerinnen und Schüler mit kleineren Aufgabenstellungen und Fällen befasst. Es gibt viele Querverbindungen zu anderen Steuerarten. Bewertungsrechtliche Fragen, die auch im Rechnungswesen behandelt werden können, machen es notwendig, dass Grundzüge frühzeitig besprochen werden. Die Komplexität und der geringe Erfahrungsstand der Schülerinnen und Schüler fordern bei der Behandlung der Körperschaftssteuer eine Beschränkung auf die wesentlichen Grundbegriffe. Bedeutung und rechtliche Grundlagen der Körperschaftssteuer werden erarbeitet.</p>	
Inhalte	Vorschläge/Anregungen
<p>Einführung in die Einkommensteuer Geschichtliche Entwicklung Steueraufkommen Rechtsgrundlagen Schema zur Ermittlung des zu versteuernden Einkommens Einkommensteuertarif Erhebungsformen</p> <p>Persönliche und sachliche Steuerpflicht</p> <p>Steuerbefreiungen</p> <p>Ermittlung der Überschusseinkünfte Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit Einkünfte aus Kapitalvermögen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung Sonstige Einkünfte - Leibrenten - Unterhaltsleistungen (Anlage U) - Spekulationsgeschäfte</p> <p>Ermittlung der Gewinneinkünfte Gewinnermittlungszeitraum, abweichendes Wirtschaftsjahr Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft Einkünfte aus Gewerbebetrieb Einkünfte aus selbstständiger Arbeit</p> <p>Ermittlung der Summe der Einkünfte und des Gesamtbetrages der Einkünfte</p>	<p>An dieser Stelle ist es möglich, das aktuelle politische Tagesgeschehen zu diskutieren. Alternative Steuersysteme (ökologische Steuern) lassen sich z.B. mit Hilfe eines Planspiels analysieren.</p> <p><i>Für die Erarbeitung der folgenden Lerninhalte bietet sich insbesondere die Fallmethode an.</i></p> <p>Bei Häusern mit teilweiser Selbstnutzung kann das Eigenheimzulagengesetz angesprochen werden.</p> <p>Eine inhaltliche und methodische Koordination mit den Lernfeldern 2 und 7 ist hier besonders sinnvoll.</p>

<p>Ermittlung des Einkommens Sonderausgaben - Vorsorgeaufwendungen, Vorsorgepauschale - übrige Sonderausgaben, Sonderausgaben-Pauschbetrag Verlustabzug Außergewöhnliche Belastungen im Allgemeinen und in besonderen Fällen</p> <p>Ermittlung des zu versteuernden Einkommens Kinderfreibetrag (Kindergeld) Haushaltsfreibetrag Härteausgleich</p> <p>Ermittlung der Einkommensteuer Veranlagungsarten Einkommensteuertarif Progressionsvorbehalt Steuerermäßigungen</p> <p>Die Abrechnung der Einkommensteuer Anrechenbare Steuern</p> <p>Besondere Lohnsteuervorschriften Lohnsteuerermäßigungsverfahren Pauschalierung der Lohnsteuer Veranlagung von Arbeitnehmern</p> <p>Überblick über die Körperschaftssteuer der juristischen Personen Steuerpflicht Wichtige Steuerbefreiungen Steuersätze</p> <p>Das Anrechnungsverfahren</p>	<p>Die Mehrzahl der Schülerinnen und Schüler hat wenig Möglichkeiten, sich in der Praxis mit Körperschaftsteuerfällen auseinander zu setzen und kann daher auch nur wenig praktische Erfahrungen sammeln. Da es den "einfachen" Körperschaftsteuerfall nicht gibt, sollten bezüglich dieser Steuerart nur Grundbegriffe und die Querverbindungen zur Einkommensteuer Gegenstand des Unterrichts sein.</p> <p><u>Projektvorschläge:</u> <i>Von der Lohn- und Gehaltsabrechnung bis zum Steuerbescheid (P 3) Der Selbstständige/Freiberufler in unserem Wirtschafts- und</i></p>
--	---

	<p><i>Steuersystem (P 5)</i> <i>Einzelunternehmung und Personengesellschaft im Wirtschafts- und Steuersystem (P 6)</i> <i>Steuerplanung im privaten Bereich (P 9)</i> <i>Die Kapitalgesellschaft in Handels- und Steuerrecht (P 7)</i></p>
--	--



4. Lernfeld Rechtsformentscheidungen

1. Ausbildungsjahr – 40 Stunden

2. Ausbildungsjahr – 60 Stunden

Ziele und Einordnung:

Es ist erforderlich, dass die Schülerinnen und Schüler die wirtschaftlichen Überlegungen und Zielvorstellungen, die zur Gründung eines Unternehmens führen, erfassen, analysieren und bewerten. Die Schülerinnen und Schüler benennen Investitions- und Finanzierungsanlässe, wählen Finanzierungsmöglichkeiten aus, beurteilen Kreditarten nach betriebswirtschaftlichen Kriterien und unterscheiden Kreditsicherungsmöglichkeiten.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
<p>Kaufleute gemäß HGB</p> <p>Bedeutung öffentlicher Register z.B.: Handelsregister, Grundbuch</p> <p>Hilfspersonen des Kaufmanns Selbstständige (Handelsvertreter, Kommissionär) und nicht selbstständige Mitarbeiter des Kaufmanns und deren Vollmachten (im Überblick)</p> <p>Unternehmungsformen Einzelunternehmung, Stille Gesellschaft, BGB-Gesellschaft, Partnerschaftsgesellschaft, OHG, KG GmbH, GmbH & Co. KG, AG</p> <p>Unterscheidungskriterien: Firma, Haftung, Kapitalaufbringung, Ergebnisverteilung, Geschäftsführung, Vertretung, Mitbestimmung</p> <p>Finanzierungsmöglichkeiten Außenfinanzierung Innenfinanzierung</p> <p>Kreditarten Konsum- und Investitionsgüterkredite</p>	<p>Ein Projekt "Gründung eines Unternehmens" ist geeignet, die betriebswirtschaftlichen Überlegungen, die rechtlichen Vorschriften und die alternativen unternehmensstrategischen Entscheidungen zu erfassen und ihre gesellschaftliche Bedeutung zu beurteilen.</p> <p>Die kaufmännischen Hilfsgewerbe und die Mitarbeitervollmachten werden im Überblick dargestellt.</p> <p>Die Unternehmungsformen können noch um die Genossenschaft ergänzt werden.</p> <p>Ein Überblick über firmenrechtliche Grundsätze ist sinnvoll. Steuerliche Besonderheiten der Unternehmungsformen können z.B. in dem Projekt (P 6) erarbeitet werden. (s.u.)</p> <p>Sonderformen im Überblick: Leasing Factoring Vorhaben: Die Schülerinnen und Schüler vergleichen Barkauf, Kreditfinanzierung und Leasing eines Privat-Pkw.</p>

<p>Kreditsicherungsmöglichkeiten Sicherungsübereignung Pfandrechte, Grundpfandrechte Zession Bürgschaft</p>	<p>Grundpfandrechte werden in Grundzügen behandelt.</p> <p><u>Projektvorschläge:</u> <i>Gründung einer Unternehmung (P 4)</i> <i>Der Selbstständige/Freiberufler in unserem Wirtschafts- und Steuersystem (P 5)</i> <i>Einzelunternehmung und Personengesellschaft im Wirtschafts- und Steuersystem (P 6)</i> <i>Die Kapitalgesellschaft in Handels- und Steuerrecht (P 7)</i></p>
--	---

5. Lernfeld Umsatzsteuervoranmeldungen und –erklärungen

1. Ausbildungsjahr – 40 Stunden
2. Ausbildungsjahr – 40 Stunden

Ziele und Einordnung:

Die Schülerinnen und Schüler wissen, dass die Umsatzsteuer vom Endverbraucher getragen wird. Die Abrechnung der Umsatzsteuer durch die Unternehmer erfolgt durch Umsatzsteuer-Voranmeldungen und -erklärungen. Dieses Verfahren der Besteuerung der Umsätze (inkl. Eigenverbrauch, Einfuhr, innergemeinschaftlicher Erwerb) wenden die Schülerinnen und Schüler praxisbezogen an.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
<p>Bedeutung und Stellung der Umsatzsteuer im Steuersystem Geschichtliche Entwicklung Steueraufkommen Rechtsgrundlagen System der Umsatzsteuer</p> <p>Steuerbare Umsätze Lieferungen und sonstige Leistungen Eigenverbrauch</p> <p>Wichtige Befreiungen</p> <p>Bemessungsgrundlagen für die Besteuerung</p> <p>Steuersätze</p> <p>Entstehung und Fälligkeit der Steuer (Soll-Besteuerung)</p> <p>Vorschriften zum Vorsteuerabzug Abziehbare und nicht abziehbare Vorsteuer, Erleichterungen bei Kleinbetragsrechnungen und Fahrausweisen</p> <p>Besteuerungsverfahren Vor Anmeldung, Vorauszahlung</p>	<p>Zur Strukturierung dieses Lernfeldes erscheint es sinnvoll, zunächst Grundfälle im Inland zu erarbeiten (Grundlagenteil) und erst im zweiten, besonderen Teil Auslandsumsätze zu berücksichtigen. Daneben werden Besonderheiten der Umsatzsteuer, wie Option mit und ohne Vorsteuerabzug, umfassende Besteuerung wirtschaftlicher Transaktionen (Kauf, Tausch, Inzahlungnahme, Differenzbesteuerung) bearbeitet. Auf die Behandlung des Reihengeschäfts sollte verzichtet werden.</p> <p>z.B. Heilberufe, Vermietungsumsätze</p> <p>Keine Durchschnittsbesteuerung</p>

<p>Dauerfristverlängerung Veranlagung</p> <p>Besondere steuerbare Umsätze Unentgeltliche Leistungen von Gesellschaften an ihre Gesellschafter Einfuhr von Gegenständen aus dem Drittlandsgebiet Innergemeinschaftlicher Erwerb</p> <p>Ort der Lieferung und der sonstigen Leistung</p> <p>Besondere Steuerbefreiungen Ausfuhr, innergemeinschaftliche Lieferung</p> <p>Einteilung der Steuerbefreiungen hinsichtlich des Vorsteuerabzugs und der Optionsmöglichkeit</p> <p>Bemessungsgrundlagen für die besonderen steuerbaren Umsätze</p> <p>Mindestbemessungsgrundlage</p> <p>Bemessungsgrundlagen für Sonderfälle Tausch, tauschähnlicher Umsatz, Tausch mit Baraufgabe, Durchlaufende Posten, Differenzbesteuerung</p> <p>Entstehung und Fälligkeit der Steuer in besonderen Fällen Innergemeinschaftlicher Erwerb Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten Besteuerung von Anzahlungen</p> <p>Besondere Vorschriften zum Vorsteuerabzug Auswirkungen der Steuerbefreiungen auf den Vorsteuerabzug (inkl. Option)</p> <p>Zusammenfassende Meldungen</p>	<p><i>Folgende Inhalte werden mit Hilfe von Fällen bearbeitet:</i></p> <p>Innergemeinschaftliche Lieferungen an Voll-Unternehmer (mit ID-Nr.) und Privatpersonen (ohne § 3c UStG) Lieferungen in Drittländer Sonstige Leistungen (nur § 3a UStG, exemplarisch) Werklieferung, Werkleistung</p> <p><u>Projektvorschläge:</u> <i>Einzelunternehmung und Personengesellschaften im Wirtschafts- und Steuerrecht (P 6)</i> <i>Steuersystem und Steuergerechtigkeit (P 8)</i></p>
---	--

6. Lernfeld Gewerbsteuererklärungen

3. Ausbildungsjahr – 20 Stunden

Ziele und Einordnung :

Die Schülerinnen und Schüler erläutern Bedeutung und Stellung der Gewerbesteuer im Steuersystem, stellen die Gewerbesteuerpflicht fest, beurteilen den Steuergegenstand und grenzen den Gewerbebetrieb von der Land- und Forstwirtschaft und der freiberuflichen Tätigkeit ab. Sie ermitteln die Besteuerungsgrundlagen, berechnen die Gewerbesteuerrückstellung, führen die Zerlegung durch und unterscheiden das Festsetzungs- und Erhebungsverfahren.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
<p>Bedeutung und Stellung der Gewerbesteuer im Steuersystem Geschichtliche Entwicklung Stellung im Steuersystem Steueraufkommen Rechtsgrundlagen Verwaltung Schema zur Ermittlung der Gewerbesteuer</p> <p>Feststellung der Gewerbesteuerpflicht Steuergegenstand Steuerschuldner</p> <p>Wichtige Steuerbefreiungen</p> <p>Ermittlung des Messbetrages</p> <p>Berechnung der Gewerbesteuer</p> <p>Zerlegung</p> <p>Gewerbesteuer-Rückstellung</p> <p>Bescheide und Rechtsbehelfe Steuermessbescheid Zerlegungsbescheid Steuerbescheid Rechtsbehelfe</p>	<p>Hinzurechnungen und Kürzungen sollten sich auf Entgelte für Schulden, Gewinnanteile stiller Gesellschafter, Miet- und Pachtzinsen, Kürzungen auf Grundbesitz, Gewinnanteile an Personengesellschaften und Spenden beschränken.</p> <p>Rückstellungsberechnung (vereinfachte Methode) Der Einsatz des PC bietet sich bei der Berechnung der Gewerbesteuerrückstellung an.</p> <p><u>Projektvorschläge:</u> <i>Der Selbstständige/Freiberufler in unserem Wirtschafts- und Steuersystem (P 5); Einzelunternehmung und Personengesell-</i></p>

	<i>schaften im Wirtschafts- und Steuerrecht (P 6); Kapitalgesellschaft in Handels- und Steuerrecht (P 7); Steuerplanung im betrieblichen Bereich (P 10)</i>
--	---

7. Lernfeld

Jahresabschluss nach Handels- und Steuerrecht

2. Ausbildungsjahr – 40 Stunden

3. Ausbildungsjahr – 60 Stunden

Ziele und Einordnung:

Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden den Jahresabschluss nach Handels- und Steuerrecht. Sie informieren sich über Bestandteile und Aufgaben des Jahresabschlusses, ermitteln die Wertansätze der Vermögens- und Schuldenpositionen nach Handels- und Steuerrecht und erstellen damit den Jahresabschluss.

Die Schülerinnen und Schüler analysieren die wirtschaftliche Lage eines Unternehmens, werten den Jahresabschluss aus und interpretieren Daten und Kennziffern, die evtl. durch die Datenverarbeitung vorgegeben sind.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
<p>Bestandteile und Aufgaben des Jahresabschlusses Handelsbilanz Steuerbilanz Gewinn- und Verlustrechnung Anhang Lagebericht, Sozialbericht_</p> <p>Bewertungsvorschriften nach Handels- und Steuerrecht Bewertungsgrundsätze Bewertungsmaßstäbe Bewertungsvorschriften</p> <p>Bewertung einzelner Bilanzpositionen Bewertung des nicht abnutzbaren Anlagevermögens Bewertung des abnutzbaren Anlagevermögens Bewertung des Umlaufvermögens - Waren - Forderungen - Wertpapiere Bewertung der Verbindlichkeiten Bewertung der Entnahmen und Einlagen</p> <p>Ermittlung und Buchung von Rückstellungen Passivierungspflicht für - ungewisse Verbindlichkeiten - drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Zeitliche Abgrenzung von Aufwendungen und Erträgen Rücklagen</p> <p>Auswertung des Jahresabschlusses einer Einzelunternehmung</p>	<p>Die Behandlung ergänzender Rechnungslegungsvorschriften für die GmbH sollte sich auf die wesentlichen Vorschriften für Kapitalgesellschaften beschränken. Der Jahresabschluss der GmbH muss mit den Lerninhalten der Körperschaftsteuer abgestimmt werden</p> <p>Koordination mit Lernfeld 6 (Gewerbsteuer-rückstellung)</p> <p><i>Projektvorschlag: Erstellung eines</i></p>

<p>Auswertung der Jahresabschlüsse von Gesellschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> - Personengesellschaften > Gewinnverteilung > Kapitalentwicklung - GmbH > Rechnungslegungsvorschriften > Gewinnausschüttung <p>Sachliche Abgrenzungen</p> <p>Betriebswirtschaftliche Auswertung und ihre Bedeutung</p> <p>Innerer Betriebsvergleich (Auswertung des Jahresabschlusses)</p> <p>Äußerer Betriebsvergleich</p> <p>Kennziffern aus dem</p> <ul style="list-style-type: none"> - betrieblichen Leistungsprozess - Jahresabschluss der Betriebe <p>Vergleich innerbetrieblicher Daten</p>	<p><i>Jahresabschlusses aufgrund vorgegebener Daten, evtl. mit Einsatz von Standardsoftware. Formelle und materielle Aufbereitung am Beispiel einer einfachen Bilanz</i></p> <p>Vergleichende Untersuchung eines Jahresabschlusses einer GmbH mit einer Einzelunternehmung</p> <p>Verprobung mittels steuerlicher Kennzahlen</p> <p>Grafische Darstellungsformen</p> <p><u>Projektvorschläge:</u></p> <p><i>Gründung einer Unternehmung (P 4)</i></p> <p><i>Der Selbstständige/Freiberufler in unserem Wirtschafts- und Steuersystem (P 5)</i></p> <p><i>Einzelunternehmung und Personengesellschaften im Wirtschafts- und Steuerrecht (P 6)</i></p> <p><i>Die Kapitalgesellschaft in Handels- und Steuerrecht (P 7)</i></p> <p><i>Steuerplanung im betrieblichen Bereich (P 10)</i></p>
---	---

8. Lernfeld

Auswirkungen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

1. Ausbildungsjahr – 10 Stunden
2. Ausbildungsjahr – 40 Stunden

Ziele und Einordnung:

Die Schülerinnen und Schüler erfassen die Einflussfaktoren gesamtwirtschaftlicher Prozesse. Sie erkennen Rahmenbedingungen der sozialen Marktwirtschaft und deren Funktionsweise. Sie beschreiben gesamtwirtschaftliche Ziele und zeigen Einflussmöglichkeiten von Staat, der Bundesbank bzw. der Europäischen Zentralbank auf. Dabei untersuchen die Schülerinnen und Schüler gesellschaftspolitische Bezüge der Steuergesetzgebung sowie die Wechselwirkung zwischen Staat und Bürger als Folge dieser Gesetzgebung.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
<p>Ziele und Grundsätze der Besteuerung Aufkommen und Verwendung Steuergerechtigkeit Ökologische Steuern</p> <p>Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft</p> <p>Gesamtwirtschaftliche Ziele der Wirtschaftspolitik Preisniveaustabilität Hoher Beschäftigungsstand Wirtschaftswachstum Außenwirtschaftliches Gleichgewicht Umweltschutz Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung</p> <p>Einflussmöglichkeiten des Staates in der sozialen Marktwirtschaft Unterscheidung von nachfrage- und angebotsorientierter Wirtschaftspolitik</p> <p>Einflussmöglichkeiten der Bundesbank/Europäische Zentralbank Geldpolitisches Instrumentarium Geldmengenpolitik</p>	<p>Koordination mit Lernfeld 3</p> <p>Darstellung im Überblick</p> <p>Durch Untersuchung der Ziele im Hinblick auf Zielkonflikte anhand aktueller Zeitungsberichte können ergänzende Schwerpunkte gesetzt werden.</p> <p>Erarbeitung im Überblick</p> <p><u>Projektvorschläge:</u> <i>Gründung einer Unternehmung (P 4)</i> <i>Steuersystem und Steuergerechtigkeit (P 8)</i></p>

9. Lernfeld Hilfe und Beratung in Steuersachen

1. Ausbildungsjahr – 10 Stunden
3. Ausbildungsjahr – 40 Stunden

Ziele und Einordnung:

Die Schülerinnen und Schüler gewinnen Einblick in steuerliche Vorschriften unter Beachtung ihrer Entstehung und Rechtswirkung.
Sie wissen, welche Finanzämter für die Steuerpflichtigen zuständig, welche Fristen und Termine zu beachten sind und welche Rechtsfolgen sich aus Fristversäumnissen ergeben.
Die Schülerinnen und Schüler erfassen die Bedeutung der Einheitswerte.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
<p>Öffentlich-rechtliche Abgaben</p> <p>Einteilung der Steuern nach verschiedenen Kriterien Steuergegenstand Ertragshoheit Überwälzbarkeit</p> <p>Überblick über die steuerlichen Vorschriften unter Beachtung ihrer Rechtswirkung Grundgesetz Gesetze, Verordnungen, Richtlinien Erlasse des Finanzministers OFD-Verfügungen Urteile</p> <p>Überblick über die Steuerverwaltung</p> <p>Sachliche und örtliche Zuständigkeit der Finanzbehörden</p> <p>Wichtige Bestimmungen über Steuerverwaltungsakte</p> <p>Bedeutung von Fristen und Terminen und ihre Berechnung Termine Fristen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand Folgen der Fristversäumnis Zahlungsverjährung</p> <p>Grundzüge des außergerichtlichen und gerichtlichen Rechtsbehelfsverfahrens</p> <p>Bedeutung und Stellung des Bewertungsgesetzes im Steuersystem</p>	<p>Überprüfung der Voraussetzungen und des Wirksamwerdens von Steuerbescheiden.</p> <p>Auf Zinsberechnungen im Steuerrecht sollte verzichtet werden.</p> <p>Einordnung und Abgrenzung zu anderen</p>

<p>Vermögensarten</p> <p>Einheitsbewertung</p> <p>Feststellungsarten von Einheitswerten Hauptfeststellung Fortschreibungen Nachfeststellung</p> <p>Begriffe und Umfang des Grundvermögens Unbebaute Grundstücke Bebaute Grundstücke</p>	<p>Gesetzen</p> <p><u>Projektvorschläge:</u> <i>Von der Lohn- und Gehaltsabrechnung bis zum Steuerbescheid (P 3)</i> <i>Steuerplanung im privaten Bereich (P 9)</i> <i>Steuerplanung im betrieblichen Bereich (P 10)</i></p>
---	---

10. Lernfeld
Lernfeldübergreifende Fallstudien

3. Ausbildungsjahr – 80 Stunden

Ziele und Einordnung:

Die Schülerinnen und Schüler vertiefen die Lerninhalte anhand von komplexen lernfeldübergreifenden Fällen. Dabei werden zwischenzeitlich eingetretene Rechtsänderungen berücksichtigt.

Inhalte	Vorschläge/Anregungen
Lernfelder 1 - 9	

Anhang: Übersicht über die Projektvorschläge

Projektvorschlag 1: Einstieg in das Berufsleben

Projektvorschlag 2: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Steuerbüro:
Auszubildende und Fachangestellte

Projektvorschlag 3: Von der Lohn- und Gehaltsabrechnung bis zum Steuerbescheid

Projektvorschlag 4: Gründung einer Unternehmung

Projektvorschlag 5: Der Selbstständige/Freiberufler in unserem Wirtschafts- und
Steuersystem

Projektvorschlag 6: Einzelunternehmung und Personengesellschaften im
Wirtschafts- und Steuerrecht

Projektvorschlag 7: Die Kapitalgesellschaft in Handels- und Steuerrecht

Projektvorschlag 8: Steuersystem und Steuergerechtigkeit

Projektvorschlag 9: Steuerplanung im privaten Bereich

Projektvorschlag 10: Steuerplanung im betrieblichen Bereich

Projektvorschlag 1: Einstieg in das Berufsleben

Zu Beginn der Berufsausbildung sollen die Jugendlichen ihre neue Rolle als Auszubildende, Einkommensbezieher und Konsumenten thematisieren und rechtlich einordnen können. Die Auszubildenden sind vom ersten Tag ihrer Berufstätigkeit mit wichtigen Fragen des Öffentlichen Rechts und des Privatrechts konfrontiert. Es besteht die Notwendigkeit, bestimmte Grundlagen für die Ausbildung, wie die doppelte Buchführung und den Gebrauch der elektronischen Datenverarbeitung zu erarbeiten.

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Duale und andere Ausbildungsmöglichkeiten
- Der Ausbildungsvertrag
- Interessenvertretung der Auszubildenden in Schule und Betrieb
- Der Auszubildende als Konsument mit Verträgen des täglichen Lebens. Die Abwicklung notwendiger Zahlungsgeschäfte; Kauf-, Konto-, Mietverträge
- Der Auszubildende und die Sozialversicherung
- Grundlagen der steuerrechtlichen Vorschriften für den Ausbildungsberuf
- Abrechnung der Auszubildendenvergütung
- Einfache Lohnabrechnung, manuell und mit Standardsoftware
- Die Systematik der doppelten Buchführung und Einführungen in notwendige Standardsoftware

Projektvorschlag 2: Arbeitnehmer im Steuerbüro - Auszubildende und Fachangestellte

Die Schülerinnen und Schüler wachsen mit der Zeit in ihre künftige Rolle als Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und Kolleginnen/Kollegen hinein. Sie werden mit spezifischen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Erfahrungen im ersten Abschnitt der beruflichen Sozialisation sind prägend und müssen verarbeitet werden. Die Behandlung struktureller Bedingungen ist immer in den Kontext der gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensbedingungen, auch auf die Möglichkeit der zukünftigen Entwicklungen hin, zu betrachten

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb
- Arbeitsvertrag
- Arbeitsbedingungen
- Arbeitsplatzgestaltung
- Fort- und Weiterbildung
- Mitbestimmung und Beteiligung
- individuelles und kollektives Arbeitsrecht
- Vollmachten
- persönliche Anforderungen an Vorgesetzte und Ausbilder
- Entlohnungssysteme

Projektvorschlag 3: Von der Lohn- und Gehaltsabrechnung bis zum Steuerbescheid

Bei der Abrechnung der Ausbildungsvergütung fällt i.d.R. keine Lohnsteuer, sondern nur Sozialversicherung an. Im Rahmen der Mandantenbetreuung werden die Schülerinnen und Schüler mit Lohn- und Gehaltsabrechnungen konfrontiert, die alle Abgaben (Sozialversicherung, Lohnsteuer, Kirchensteuer, vermögenswirksame Leistungen, u.a.) enthalten können. Aus diesem Grund und im Hinblick auf ihren späteren Arbeitnehmerstatus stellen sie eine Abrechnung auf, erklären und buchen sie. Nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Arbeitnehmer der Mandanten, sind Steuererklärungen zu erstellen und nach der Veranlagung beim Finanzamt ist der Steuerbescheid zu prüfen.

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- notwendige Lohnabrechnungsunterlagen
- vom Bruttolohn zum Nettolohn einschließlich der erforderlichen Buchungen
 - Lohnsteuerklassen und -tabellen
 - Kirchensteuer
 - Sozialversicherung
 - vermögenswirksame Leistungen
- ortsüblicher Lohn
- Tarifvertrag
- gerechte Entlohnung
- Erstellen einer Einkommensteuererklärung mit Anlage N
- Lohnsteuerermäßigungsverfahren
- Veranlagung von Arbeitnehmern (§ 46 EStG) mit Härteausgleich
- Steuerbescheid prüfen und die Folgen erwägen (Einspruch, u.a.)

Projektvorschlag 4: Gründung einer Unternehmung

Die Schülerinnen und Schüler stellen wirtschaftliche Überlegungen und Zielvorstellungen an, die zur Gründung einer Unternehmung führen. Dies ist geeignet, die betriebswirtschaftlichen Überlegungen, die rechtlichen Vorschriften und Regelungen zu erörtern und zu erfassen. Dabei kann zwischen mehreren Alternativen bezüglich der Rechtsform gewählt werden. Fragen der Personalwirtschaft, der Mitbestimmungsmöglichkeiten und der Prozesse betrieblicher Leistungserstellung sind u.a. geeignet, im Gesamtzusammenhang erörtert zu werden.

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Marktuntersuchungen, Standortfragen
- Wahl der Unternehmensform, gegebenenfalls Erstellung eines Gesellschaftsvertrags, Anmeldungen, gegebenenfalls Eintrag in die Register
- Finanzierung und Investitionen, Kapitalbedarf, öffentliche Förderung
- Einstellung von Personal, Arbeitsvertrag und Kündigung, Vollmachten, Mitbestimmung
- Buchführungspflichten, Gewinnermittlungsarten
- Erstellen von Steuererklärungen: ESt, USt, GewSt

Projektvorschlag 5: Der Selbstständige/Freiberufler in unserem Wirtschafts- und Steuersystem

Die Schülerinnen und Schüler lernen mit dem Dienstleistungssektor einen Bereich der Wirtschaft kennen, der zum großen Teil von Freiberuflern als besonders hervorgehobene Form der Selbstständigkeit bestimmt wird. Die Bedeutung der freiberuflichen Arbeit für das marktwirtschaftliche System und die besondere Verantwortung, die ihnen auch in der sozialen Marktwirtschaft zukommen, müssen erörtert werden. Die Existenzgründung mit der richtigen Wahl der Rechtsform/Unternehmensform, die zu beachtenden steuerlichen Vorschriften und die eigenen zu versteuernden Einkünfte sollen untersucht werden. Die entsprechenden Aufgabenstellungen im Bereich des betrieblichen Rechnungswesens werden eingeübt.

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Die Einordnung des Selbstständigen/Freiberuflers nach Privat- und Handelsrecht
- Die Wahl der Rechtsform/Unternehmensform, gegebenenfalls Erstellung eines Gesellschaftsvertrags, Anmeldungen, gegebenenfalls Eintrag in die notwendigen Register
- Die Besteuerung des Selbstständigen/Freiberuflers mit den entsprechenden Einkünften und möglichen Realsteuern
- Die entsprechenden Aufgaben des Rechnungswesens von den Buchungsvorgängen, der Einnahmenüberschussrechnung bis zu Abschlüssen nach Handels- und Steuerrecht mit den notwendigen Auswertungen des Jahresabschlusses

Projektvorschlag 6: Einzelunternehmung und Personengesellschaften im Wirtschafts- und Steuerrecht

Die Schülerinnen und Schüler haben in der Praxis von den unterschiedlichsten Unternehmensformen gehört und kennen möglicherweise schon einige Unternehmensformen mit Namen. Hier sollen nun Wesen, Bedeutung, Struktur und Wirkungen der möglichen personenbezogenen Unternehmensformen erfasst werden und betriebswirtschaftlich, bürgerlich-, handels-, arbeits- und steuerrechtlich eingeordnet werden. Die kapitalbezogenen Unternehmensformen (= Kapitalgesellschaften) sind einem eigenen Projektvorschlag vorbehalten.

Die Schülerinnen und Schüler ordnen die wirtschaftlichen Interessenlagen personenbezogener Unternehmensformen unter Berücksichtigung der aufgeführten rechtlichen Aspekte zu. Sie erstellen für diese Unternehmensformen selbstständig einfache Abschlüsse und Steuererklärungen.

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Personenbezogene Unternehmensformen im Bürgerlichen-, Handels-, Arbeits- und Steuerrecht
- Voraussetzungen und Folgen der Unternehmensformen
- Zweck und Finanzierung
- Steuerliche Behandlung
- Rechnungswesen für die Unternehmensformen

Beispielhaft wird im Folgenden eine Idee vorgestellt, deren Unterrichtsvorhaben in gemeinsamer Planung mit den Schülerinnen und Schüler initiiert werden kann:

- "Gründung einer Unternehmung" von der Geschäftsidee über den Standort und die Finanzierung bis zur Gewinnermittlung (Abschluss) und der notwendigen steuerlichen Behandlung (Schulprojekt mit Schulfirma oder Unterrichtsprojekt)
- Kooperation mit Existenzgründern o. Ä. (externes Projekt)

Projektvorschlag 7: Die Kapitalgesellschaft in Handels- und Steuerrecht

Die Schülerinnen und Schüler stellen Überlegungen an, welche wirtschaftlichen Bedingungen und Zielsetzungen zur Gründung von Kapitalgesellschaften führen. Dazu erfassen sie die entsprechenden gesellschafts-, handels- und steuerrechtlichen Vorschriften und wenden sie auf konkrete Fragestellungen an. Dies kann exemplarisch an Hand der Rechtsform der GmbH geschehen. Als Anknüpfungspunkte dienen hierbei die gesammelten Erfahrungen und Kenntnisse über die Personengesellschaften.

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Gründungsphasen der GmbH
- Gesellschaftsvertrag, Formvorschriften, Registereintrag
- Organe der Kapitalgesellschaft, Aufgaben, Mitbestimmung im Aufsichtsrat
- Finanzierungsfragen, Kapitalmarkt
- Wertpapiere: Berechnung, Bewertung, Buchung, Effektivverzinsung, Gewinnverteilung, Verteilungstabellen
- Jahresabschluss, Rechnungslegungsvorschriften und Gewinnverteilung der GmbH
- Körperschaftsteuer: Steuerpflicht, zu versteuerndes Einkommen (Ermittlungsschema), Steuersätze (Tarif- und Ausschüttungsbelastung), Anrechnungsverfahren bei der Einkommensteuer

Projektvorschlag 8: Steuersystem und Steuergerechtigkeit

Die Schülerinnen und Schüler lernen den Gesamtzusammenhang des Steuersystems der Bundesrepublik Deutschland kennen und erklären die Wirkung von direkten und indirekten Steuern. Die wichtigen Steuerarten wie Einkommensteuer, Umsatzsteuer überprüfen sie auch anhand theoretischer Konzepte unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten.

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Steuerspirale
- direkte und indirekte Steuern
- Steuerbelastung im Vergleich verschiedener Personen
- Steuertarife
- Gerechtigkeitskonzepte, z.B.:
 - Allgemeinheit (versus Steuersparmodelle)
 - Gleichmäßigkeit (versus Betriebsprüfung, Steuerfahndung)
 - persönliche Leistungsfähigkeit (z.B. Einkommensteuertarif)
- Wirtschaftspolitische Ziele:
 - Steuerpolitik
 - gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung

Projektvorschlag 9: Steuerplanung im privaten Bereich

Wirtschaftliche Entscheidungen im privaten Bereich natürlicher Personen, also auch der Schülerinnen und Schüler, müssen eine steuerlich beeinflusste Alternativenauswahl einschließen. (Als privater Bereich werden hier die Einkunftsarten bzw. Vermögensarten verstanden, die nicht Einkünfte aus Gewerbebetrieb bzw. nicht Betriebsvermögen eines Gewerbebetriebes darstellen.)

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Wirkung von Einkommensänderungen, Gehaltsforderungen, Gehaltsumwandlung
- Kinderzahl (z. B. auch Pflegekind)
- Eheschließung/ -scheidung
- Kirchenzugehörigkeit
- Hauskauf oder Miete (Einfamilien- oder Zweifamilienhaus)
- Privatleasing
- Verlustbeteiligungen

Projektvorschlag 10: Steuerplanung im betrieblichen Bereich

Die Schülerinnen und Schüler stellen wirtschaftliche und steuerliche Überlegungen an, die in der betrieblichen Praxis konstitutiven und operativen Entscheidungen vorausgehen.

Schwerpunkte, Inhalte und mögliche Handlungsabläufe

- Konstitutive Entscheidungen
 - Rechtsform (von der Einzelunternehmung über die *Familiengesellschaft* zur Kapitalgesellschaft)
 - Standort des Unternehmens (Grund- und Gewerbesteuer, Gewerbeansiedlung, Infrastruktur)
- Operative Entscheidungen
 - Gewinn-/Gewerbeertragsänderungen (Lohnerhöhungen, Außenprüfung, usw.)
 - Vermögensänderungen
 - Investitionsentscheidungen
 - Finanzierungsentscheidungen (Eigen- oder Fremdfinanzierung, Schütt-aus-Hol-zurück-Verfahren, sale-lease-back-Verfahren)
 - Steuerbilanzpolitik (Abschreibungen, optimaler Gewinnpfad, u.Ä.)